



Vorarlberg
unser Land



Pressefoyer

Dienstag, 19. Februar 2019

Landeshauptmann Markus Wallner

Landesrat Christian Gantner

(Sicherheitsreferent der Vorarlberger Landesregierung)

Thomas Humpeler

(Bezirkshauptmann-Stellvertreter Dornbirn)

Karl Fenkart

(Vorstand der Abteilung Vermögensverwaltung im Amt der Landesregierung)

Titelbild: ©Land Vorarlberg | Werner Micheli

Größtmögliche Sicherheit in Landesgebäuden

Größtmögliche Sicherheit in Landesgebäuden

Nach dem tragischen Gewaltverbrechen an der Bezirkshauptmannschaft Dornbirn wurde unverzüglich damit begonnen, die Sicherheitsmaßnahmen bei den öffentlichen Gebäuden des Landes Vorarlberg zu intensivieren. Die Landesregierung hat sich in der heutigen Sitzung durch einen Zwischenbericht einen Überblick über die aktuelle Situation, die getroffenen Maßnahmen und die weiteren Schritte verschafft. Für Landeshauptmann Markus Wallner und Sicherheitslandesrat Christian Gantner ist klar, dass alles dafür getan werden muss, um das größtmögliche Maß an Sicherheit sowohl für die Landesbediensteten als auch für die Besucherinnen und Besuchern der Landesgebäude gewährleisten zu können. Zu diesem Zweck sind in den letzten Tagen bereits erste umfangreiche infrastrukturelle Maßnahmen vor allem in den Zugangsbereichen der Gebäude umgesetzt worden. Darüber hinaus bekräftigt Landeshauptmann Wallner auch einmal mehr die Forderung nach gesetzlichen Verbesserungen, um bereits im Sinne der Prävention eine Handhabe gegen offensichtlich gefährliche Personen zu haben.

Für das Landhaus in Bregenz wurde bereits im Jahr 2010 ein Sicherheitskonzept beschlossen. Dabei wurden folgende Maßnahmen umgesetzt:

- interner Notfallkoordinator (für alle Mitarbeitenden unter der Telefon-Nr. 21180 erreichbar)
- Verhaltensempfehlungen und Handlungsanweisungen (Sicherheitskalender / Register)
- Schulung und Information der Dienstnehmenden – Hausdienste
- Alarmserver (technische Einrichtung zur internen Alarmierung)
- Alarmtaste für gefährdete Arbeitsplätze (bei Auslösung Alarmierung der Polizei)
- Gebäudepläne des Landhauses sind für die Polizei online zugänglich
- Videoüberwachung aller Zu- und Ausgänge des Landhauses
- Zutritts- und Personenschleuse ins Landhaus: Einbau einer Glaswand beim Hauptzugang mit automatischen Schiebetüren

Nach der Bluttat an der Bezirkshauptmannschaft Dornbirn wurden in den letzten Tagen die Sicherheitsvorkehrungen durch folgende Maßnahmen ausgeweitet:

- Die Eingangsbereiche des Landhauses in Bregenz, der vier Bezirkshauptmannschaften sowie Außenstellen und des Landesverwaltungsgerichts sind mit Sicherheitspersonal besetzt.

Deren Aufgaben:

- Innenüberwachung soll sichergestellt werden
- Visuelle Kontrolle
- Personen und Gepäckstücke können mit Handsuchgerät abgescannt werden
- Personen können bei Verweigerung des Landhauses verwiesen werden
- Sicherheitsdienst kann selbstverständlich jederzeit herangezogen werden, wenn Probleme auftreten
- Gefährliche Gegenstände werden bis zum Verlassen deponiert
- Bei verbotenen Gegenständen wird umgehend die Polizei eingebunden

- Sicherheitspersonal kann Personen anhalten

Als Security eingesetzt sind

- im Landhaus zwei Personen,
- in den Bezirkshauptmannschaften Bregenz und Feldkirch je drei Personen,
- in den Bezirkshauptmannschaften Bludenz und Dornbirn und an den Außenstellen sowie beim Landesverwaltungsgericht jeweils eine Person.

- Das Land Vorarlberg hat für diese Gebäude insgesamt zehn Metalldetektoren angeschafft. Diese sind bereits in Betrieb. Die Metalldetektoren erfüllen den EU-weit normierten Standard Level 2, der derzeit auch für Personenkontrollen in der Luftfahrt gesetzlich vorgeschrieben wird.
- Weiters wurden in diesen Landesgebäuden die Videosysteme installiert und ebenfalls bereits in Betrieb genommen.
- Die jeweiligen Hausordnungen wurden bezüglich Sicherheitskontrollen und Waffenverboten adaptiert. Sie sind im Eingangsbereich des jeweiligen Gebäudes ausgehängt.
- Die Zugangsregelung für Lieferanten in das Landhaus wurde verschärft und entsprechend reguliert. Bis dato erfolgte die Anlieferung über die Tiefgarage ohne Kontrolle. Nun ist es so, dass die Lieferanten sich beim Portier anmelden müssen. Dann bekommen sie Ausweiskarten.
- Für Mitarbeitende des Landes Vorarlberg werden spezielle Kurse (Selbstverteidigungskurse/Schulungen) sowie psychologische Betreuung (KIT psychologische Begleitung) angeboten.

Die bereits bestehende Arbeitsgruppe zum Thema "Sicherheit" wurde auf die vier Bezirkshauptmannschaften sowie Außenstellen und das Landesverwaltungsgericht ausgeweitet. Die Landespolizeidirektion Vorarlberg wird sich in diese Arbeitsgruppe fachlich einbringen.

Zusätzliche Sicherheitsimpulse von außerhalb

Um die Möglichkeit zusätzlicher Verbesserungen im Sicherheitsbereich zu erkunden, hat die zuständige Leiterin der Arbeitsgruppe "Sicherheit für Landesgebäude" den Blick auch über die Landesgrenzen hinaus gerichtet. Bei einem Besuch in Oberösterreich konnte sie sich ein detailliertes Bild der Sicherheitssysteme machen, die im Amt der Oberösterreichischen Landesregierung, an der Bezirkshauptmannschaft Linz-Land sowie beim Landesverwaltungsgericht Linz zum Einsatz kommen. Daraus konnten wichtige Erkenntnisse für die Weiterentwicklung der Sicherheitskonzepte für das Land Vorarlberger gewonnen werden. So sind etwa weitere Intensivierungen von Sicherheitskontrollen zum Beispiel durch Gepäckröntengeräte, Schleusen etc. zu überlegen.

Bis Ende März werden die Sicherheitskonzepte für Landhaus, Bezirkshauptmannschaften und Landesverwaltungsgericht überarbeitet, um weitere Verbesserungen umzusetzen. Außerdem werden in nächster Zeit auch weitere Landesgebäude mit der Arbeitsgruppe begutachtet, um entsprechende Sicherheitskonzepte zu erarbeiten.

Geplant ist die Ausstellung von Dienstaussweisen für die Mitarbeitenden des Landes Vorarlberg, sodass diese unter Vorzeigen des Ausweises freien Zugang zum Gebäude erhalten. Dadurch können "Stauerscheinungen" im Eingangsbereich vermieden werden und das dort tätige Sicherheitspersonal wird entlastet.

Rechtliche Möglichkeiten gegen Gefährder müssen erweitert werden

Darüber hinaus bekräftigt Landeshauptmann Wallner einmal mehr die Notwendigkeit, auch die gesetzlichen Handlungsmöglichkeiten auf nationaler Ebene zu verbessern. So gelte es eine "Sicherungshaft für gefährliche Asylwerber" raschestmöglich umzusetzen .

Die derzeit bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind für Wallner unzureichend: "Dass ein Verbrecher trotz gültigen Aufenthaltsverbotes illegal in unser Land einreist und hier einen Asylantrag stellen kann und sich zudem während des Verfahrens auf freiem Fuß bewegen darf – so etwas darf es nicht mehr geben. Wir brauchen eine klare rechtliche Handhabe, um sicherzustellen, dass das in Zukunft nicht mehr möglich ist.

Herausgegeben von der Landespressestelle Vorarlberg
Amt der Vorarlberger Landesregierung

Landespressestelle, Landhaus, Römerstraße 15, 6901 Bregenz, Österreich | www.vorarlberg.at/presse
presse@vorarlberg.at | T +43 5574 511 20135 | M +43 664 6255102 oder M +43 664 6255668 | F +43 5574 511 920095
Jeden Werktag von 8:00 bis 13:00 Uhr und von 14:00 bis 17:00 Uhr erreichbar